REUTERS

Sira-Datenbänder

L. DOWNING / SYGMA

CIA-Zentrale

STASI-AKTEN

Reise nach Washington

Gute Chancen rechnet sich die Bundesregierung aus, daß die USA bisher zurückgehaltene Stasi-Akten doch noch herausgeben. Anfang Februar reist Kanzleramtsminister Bodo Hombach gemeinsam mit Geheimdienstkoordinator Ernst Uhrlau zu Gesprächen über die Unterlagen nach Washington. Sie treffen mit dem Sicherheitsberater von US-Präsident Clinton, Sandy Berger, und CIA-Chef George Tenet zusammen.

Der US-Geheimdienst lehnt eine Übergabe der in der Wendezeit erbeuteten kompletten Agentenkartei der DDR-Spionageabteilung Hauptverwaltung Aufklärung (HVA), die in der CIA-Zentrale in Langley (Virginia) lagert, zwar noch immer strikt ab. Hombach setzt aber auf die Einsicht der „politischen Ebene“: „Ich bin zuversichtlich, daß ich nicht mit leeren Händen zurückkomme.“ Bereits seit Ende des vergangenen Jahres verhandelt der Kanzleramtsminister mit Washington. Im Gegenzug will die Bundesregierung den USA Informationen aus der unlängst in der Berliner Gauck-Behörde entschlüsselten Sira-Datenbank der HVA zur Verfügung stellen (SPIEGEL 3/1999). Eine komplette Übergabe soll es aber nicht geben – sie würde auch gegen das Stasi-Unterlagen-Gesetz verstoßen.

DARCHINGER

Hombach

Am Freitag vergangener Woche ließ sich Uhrlau in Berlin über die Bedeutung des Fundes informieren, das Bonner Innenministerium schickte Sicherheitsexperten in die Gauck-Zentrale.

Mit eigens installierten neuen Computern soll jetzt geprüft werden, welche Agenten den deutschen Sicherheitsbehörden bisher unbekannt sind. Hierfür müssen die Decknamen und Registriernummern aller bisher enttarnten Spione aufgezählt und mit den in den Sira-Bändern vermerkten „Quellenhinweisen“ verglichen werden.

TERRORISMUS

Mord in der Türkei?

Die Staatsanwaltschaft Frankfurt ermittelt gegen türkische Militärs wegen des Verdachts des Mordes. Sie geht der Annahme nach, daß die deutsche Linksextremistin Andrea Wolf im Oktober des vergangenen Jahres nahe Van von Spezialeinheiten der türkischen Armee festgenommen und kurz darauf erschossen wurde (SPIEGEL 46/1998).

Wolf, die sich dem militärischen Zweig der kurdischen Arbeiterpartei PKK angeschlossen hatte, wurde von der Bundesanwaltschaft wegen des Sprengstoffanschlags der RAF auf die Haftanstalt Weiterstadt in Hessen gesucht. Die türkische Regierung hat gegenüber Bonn erklärt, sie „habe keine Hinweise auf den Verbleib von Frau Wolf“.

Wolf (l.)

BUNDESHAUSHALT

Kampf der Minister

Bundesfinanzminister Oskar Lafontaine will seine Kollegen im rot-grünen Kabinett zu mehr Wettbewerb animieren. Im Haushaltsjahr 2000 sollen die Ressortkollegen um die Hälfte des Forschungsetats konkurrieren. Wer aus der Kabinettsrunde ein zukunftsweisendes Projekt vorschlägt, kann von den bis zum Jahr 2002 veranschlagten 2,5 Milliarden Mark etwas abbekommen. Wie über die Vorgabe entschieden wird, ist in der Regierung noch umstritten.